

Süddeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mkt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr nachmittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 145.

Montag, den 24. Juni 1918.

25. Jahrg.

Annexionistische Zwangsvorfstellungen.

Was es mit der von der Berliner „Kreuzzeitung“ gepredigten „Friedensoffensive“ auf sich hatte, das hat sich gar bald herausgestellt. Das preußische Vorkriegsblatt hat den naiven Gemütern, die schon von seiner Befehrs- zur Friedensresolution der Reichstagsmehrheit fasziniert, klar gemacht, daß eine Friedensoffensive in seinem Sinne selbstverständlich kein Angebot eines Verständigungsfriedens zu bedeuten habe, sondern eine Friedensforderung, ein „Friedensgebot“ auf Grund der günstigen militärischen Lage. Es müsse so vorgegangen werden, daß beim Feinde kein Zweifel am deutschen Machtbewußtsein aufkommen könne, und die Regierung müßte sich „ihre eigene Handlungsfreiheit gegenüber weit überschätzten innerpolitischen Verhältnissen wieder erwerben“. Bezeichnender aber als die konservativen Auslassungen ist es, daß auch im Zentrum sich die Stimmen mehren, die der Friedensentscheidung vom 19. Juli 1917 eine andere Auslegung zu geben suchen. „Alldeutsche“ und ein großer Teil des Zentrums — von den unsicheren Reaktionisten in den Reihen der Linksliberalen ganz zu schweigen — sind darüber einig, daß die militärischen Operationen so lange fortgesetzt werden sollen, bis den Gegnern der Friede diktiert werden kann, ganz gleich, ob sich die Gegner vorher zu Verhandlungen bereit zeigen oder nicht.

Auch die „Germania“, das Hauptorgan des Zentrums, das sich bisher von dem Treiben der annexionistischen „Königlichen Volkszeitung“ fernhielt, ist neuerdings zu den Landräubern übergegangen. Sie konstruierte sich nämlich einen Zusammenhang der elsaß-lothringischen Frage mit dem baltischen Problem und kam zu dem Schluß, es sei das beste, die östlichen Randstaaten in ähnlicher Weise wie Elsaß-Lothringen dem Reich „anzugliedern“ oder ihnen „eigene deutsche Landesfürsten zu geben“. Erzberger wird von Organen seiner eigenen Partei größer denn je angegriffen. Die Hauptwortführer der „Alldeutschen“ aber sind mehr denn je oben auf und führen eine Sprache, die an Ungeniertheit nichts zu wünschen übrig läßt. Der General z. B. v. Liebert, der fasssam berühmte Chef des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, schrieb in der „Tägl. Rundschau“ den frommen Spruch nieder:

„Und wenn es sieben Jahre währt,
Und Gut und Blut uns triht,
Der Friede sei des Blutes wert,
Das ihm geklopft ist!
Im Namen unserer Toten,
Im Namen der Schweigenden Heere,
Gebot über allen Geboten:
Deutschland, wahre die Ehre!“

Auch Tirpitz agitiert und redet weiter. In einer Kölner Versammlung, in der er vor kurzem sein Annexionsprogramm vortrug, trat auch der Herr Bacmeister aus Elberfeld auf und leistete sich den interessanten Satz: „Wir wären längst siegreich am Ende, wenn wir einen Lloyd George oder einen Clemenceau an der Spitze gehabt hätten“. Mit brutaler Offenheit fügte er hinzu: „Es besteht die Gefahr“, daß uns nächstens Lloyd George den kleinen Finger zum Frieden reicht, und daß ihm dann deutsche Staatsmänner die ganze Hand küssen. Möge dann das deutsche Volk so viel historischen Sinn bekunden, um zu erkennen, daß eine solche Verständigung nur einen neuen Krieg bringt. — Was man zunächst geneigt sein, solche Ausprüche als blanken Wahnsinn aufzufassen: sie zeigen deutlich, wie stark sich unsere Kriegsheer fühlen.

Diese Sorgen übrigens auch dafür, daß der Zusammenhang zwischen der Gewaltpolitik nach außen und der Reaktion im Innern nicht in Vergessenheit gerät. Jeder Feind der Volksfreiheit ist auch Annexionist, und umgekehrt ist jeder Landräuber auch Reaktionär. Unterdrückung fremder Völker hat Unterdrückung des eigenen zur Voraussetzung. Und wie unsere „Alldeutschen“ in den „angegliederten“ Gebieten zu haufen gedenken, falls sie freie Hand kriegen, dafür gibt ein Artikel in der „Deutschen Zeitung“ über „Livlands Zukunft“ einen drastischen Beleg. Es heißt da:

„In diesen Ländern (gemeint ist das Baltikum, Litauen, Polen und die Ukraine) kann nur krumm autokratisch regiert werden. Alle Beamten müssen aus Deutschland geholt werden: denn keiner dieser „Staaten“ hat die Kräfte, um eine brauchbare Verwaltung einzurichten. Ich bin daher fest überzeugt, daß Deutschland so mit allen diesen sogenannten Staaten verfahren wird, und das wird für alle ohne Ausnahme ein sehr großes Glück sein, da wir in Osteuropa nur unter deutscher Faust gedeihen können.“ Das gelte auch von Altvoland. „Je härter und erbarmungsloser, ohne Schonung und ohne Rücksicht Deutschland dieses „Rußland“ behandelt nach dem alten Gallierwort: Wehe dem Besiegten!, desto mehr wird Rußland in Verehrung und Bewunderung für Deutschland erstehen.“

Wie solche Äußerungen und die Agitation unserer „Alldeutschen“ überhaupt auf das gegnerische Ausland wirken müssen, das bedarf keiner Erörterung. Die Presse der mit uns im Kriege stehenden Länder läßt deutlich genug erkennen, wie dort die Kriegsparteien aus den von der deutschen Regierung unwiderprochen gefassten Rundgebungen unserer Annexionswüterie immer von neuem Stoff schöpft, um die gesunkene Kriegsbegeisterung frisch anzufachen und die Notwendigkeit endgültiger Befestigung des deutschen Imperialismus und radikaler Vernichtung des preussischen Militarismus darzutun.

Der englische Minister Robert Cecil ist vor einiger Zeit auf die annexionistischen Reden und Schriften gewisser deutscher Professoren zu sprechen gekommen, welche die Lehre von Blut und Eisen predigten und erklärten, daß sie nicht eher zufrieden sein würden, bis Belgien und das französische Eisengebiet sowie die italienischen Häfen im Besitz der Mittelmächte seien. Dadurch hat sich ein Greifswalder Professor namens Polenske betroffen gefühlt, der nun im „Tag“ sich gegen die Beschuldigung, ein „Blut-und-Eisen“-Mensch zu sein, in einer neuen Weise verwahrt, die für die geistige Verfassung dieses „alldeutschen“ Klüngels außerordentlich bezeichnend ist. Er sagt:

„Nachdem einmal englisch-amerikanischer Wille zur Menschheitsausbeutung, russische Beschränktheit und französische Eitelkeit uns zu diesem Krieg gezwungen und dadurch das uns bis dahin bindende Band des Völkerrechts hinsichtlich der Landesgrenzen zerrissen haben, handelt es sich darum, mittels dieses Krieges an Stelle der bisherigen Grenzen andere zu setzen, falls diese anderen einer richtigeren Verteilung des Landes unter die in Betracht kommenden Völker entsprechen.“

Diese „wichtigeren Grenzen“ seien nun nicht aus irgendwelcher „historischen Orientierung“ herauszufinden, vielmehr müsse da eine „ethische Orientierung“ stattfinden. Und das „Ethische“ findet der Greifswalder Professor ganz einfach darin, daß die deutsche Eisenindustrie das Gebiet von Brügge und Longwy mit seinen 2½ Milliarden Tonnen Eisenerz braucht und deswegen nicht an Frankreich zurückzugeben braucht, weil sonst die Gefahr bestehe, daß wir auf dem Weltmarkt von den „übermächtigen Eisenländern“ zurückgedrängt werden. „Uns treibt nicht Machtgier!“ Gewiß nicht, sagt der Professor, sondern „bloße Selbsthaltungspflicht“, „Machtspflicht“. „Nicht nur nothwendig, sondern auch positiv obliege.“ (Nicht nur Wohl und Reichthum, auch Macht verpflichtet.) „Dieser Krieg“ — so predigt der Professor Bolenske dem deutschen Volke — „wirft dir die Gelegenheit in den Schoß, diesen deinen eisenindustriellen Menschheitswert weit über hundert Jahre hinaus sicherzustellen. Nur, wenn du das tust, erfüllst du, zu diesem Teil, deine weltgeschichtliche Aufgabe. Nur dann erweist du dich als erfüllt vom Willen zu richtigem Völkerrecht!“

Daß die „Alldeutschen“ nicht früher darauf verfallen sind, das Völkerrecht ins Pathologische zu übersehen! Damit ist endlich die Formel gefunden, mit der auch der tollste Gewaltstreich zu rechtfertigen ist. Macht pflichtet zum Landverraub. Nicht die brutalen Instinkte des Eroberers sind es, denen der „Alldeutsche“ folgt, sondern im Bewußtsein des „industriellen Menschheitswertes“ läßt er sich von inneren Notwendigkeiten leiten, wenn er aneignet und unterjocht. Es sind Zwangsvorfstellungen, denen der von ihnen Befallene nicht ausweichen kann.

An den Pforten des Narrenhauses endet diese „alldeutsche“ Logik. Der Greifswalder Professor hält für seine Gefinnungsreunde unbewußt ein Plädoyer auf mildere Umstände, aber leider wird man es im Auslande nicht gelten lassen.

Das englische Unterhaus gegen den Frieden.

Das Unterhaus hat den am Sonnabend mitgetheilten Friedensantrag Morell, der von der Regierung wünscht, daß sie keine Gelegenheit, die Kriegsprobleme auf diplomatischem Wege durch Uebereinkünfte zu lösen, verübergehen lassen wird, ohne Zustimmung abgelehnt. Man hat es also nicht einmal für nötig befunden, zahlenmäßig festzustellen, wie viele Unterhausmitglieder für diesen eigentlich so selbstverständlichen Antrag sind. Mit dieser glatten Ablehnung, die sich der Vorkverweigerung gegenüber dem holländischen Friedensvermittler Troelstra würdig anschließt, hat die englische Volkvertretung erneut bewiesen, daß sie nichts vom Frieden wissen will. Und leider ist das englische Volk, von dem der Antrag Morell sagt, daß es dem Kriege ein Ende durch Verhandlungen zu machen wünscht, dem Parlamente wie der Regierung gegenüber nicht so stark, daß es eine Aenderung dieser halsstarrigen Haltung durchsetzen könnte. Die britischen Machthaber, einschließlich der vom Volke Erwählten, sind eins mit Wilsons Parole, daß der Krieg nur durch Gewalt, Gewalt bis zum äußersten entschieden werden soll. Und da Wilson mit England im Bunde heute der mächtigste Mann der Welt ist, wird der Krieg fortgesetzt bis er eine der beiden Parteien, in die heute die Welt gespalten ist, in die Gewalt der anderen gegeben hat, oder aber, was wahrscheinlicher ist, bis der Glaube an die Gewalt selbst eine zerstückelnde Niederlage erlitten hat.

Was der Krieg bringt.

Die deutschen Heeresberichte.
M.B. Großes Hauptquartier, 23. Juni. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Weiterwärts der Somme hielt die rege Tätigkeit des Feindes an. Ein nächstlicher Angriff der Engländer bei Morlancourt zwischen Ancre und Somme brach in unserem Feuer zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Französische Teilangriffe südlich von Mezier wurden abgewiesen. Südwestlich von Reims machten wir bei kurzem Zwischenrückzug mit Italienern 26 Gefangene.

Leutnant Doewenhardt errang seinen 28. Luftsieg.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

M.B. Berlin, 23. Juni, abends. (Amtlich.)
Von den Kampfzonen nichts Neues.

Die Kämpfe in Italien.

Die österreichisch-ungarischen Berichte.

Wien, 22. Juni. (Amtlich.)
Die Kämpfe an der Piave haben gestern an Heftigkeit abgenommen. Wo die Italiener in einzelnen Abschnitten des Montello und westlich von San Dona ihre Angriffe erneuerten, wurden sie wie früher unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind verlor zwischen dem 15. und 20. d. Mts. durch unsere Flieger und durch Abwehr von der Erde aus 42 Flugzeuge. Außerdem büßte er vier Fesselballone ein.

Die Zahl der Gefangenen ist auf 40 000 gestiegen. Unter ihnen befinden sich auch einige Tschecho-Slowakische Legionäre, die sofort der durch die Kriegsgehege vorgeordneten handelsrechtlichen Behandlung zugeführt wurden.

Wien, 23. Juni. (Amtlich.)

Die Kämpfe an der Piave waren auch gestern weniger heftig. Nur am Südfügel unserer Armeefront nahm der Feind nachmittags seine Gegenangriffe wieder auf. Somit überall Geschützkampf. Die schweren, wolkenbruchartigen Regen, die in der letzten Woche fast täglich über Venetien niedergingen und weite Strecken der Ebene unter Wasser setzten, hatten für die Truppen die Lasten und Entbehrungen des Kampfes vervielfacht. Die Piave ist zu einem reißenden Strom geworden, dessen Wassermassen wiederholt den Verkehr zwischen beiden Ufern auf viele Stunden unterbinden. Es ist nur unter den größten Schwierigkeiten möglich, den Kämpfern an der Front den nötigen Bedarf an Munition und Verpflegung zuzuführen; größere Ankerkennung ist den besetzten Truppen zu zollen, deren Kampfstrat auch in noch härterer Lage ungebrochen bleibt.

Feindliche Fliegerangriffe.

M.B. Berlin, 23. Juni. (Amtlich.) In den letzten Tagen fanden wiederholt Flugzeugangriffe gegen Brügge, Dinard und Zebrüa statt. Hierbei wurde von den feindlichen Fliegern unter Verhinderung der völkerrechtlichen Abmachungen auch das Hospital in Dinard angegriffen und getroffen. In Brügge wurden fünf Einwohner getötet und elf verletzt. Militärischer Schaden ist nicht entstanden. Mehrere feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. Leutnant z. S. Sachenberg, Führer unserer dortigen Marinejagdflieger, errang seinen 15. Luftsieg.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Findet man sich endlich?

Wie das „Journal du Peuple“ mitteilt, hat der belgische Sozialist und Minister van der Velde den Wunsch geäußert, vor seiner Abreise nach London in Holland mit den dort eingetroffenen Führern der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialisten Fühlung zu nehmen. Van der Velde, der Präsident des Internationalen sozialistischen Bureaus ist, hat die deutschen und österreichisch-ungarischen Delegierten zu einer Zusammenkunft im Haag eingeladen. Wie mitgeteilt wird, haben die österreichisch-ungarischen Vertreter die Einladung angenommen. Die Antwort der deutschen Sozialisten dagegen ist noch nicht bekannt.

Wir halten es für selbstverständlich, daß unsere deutschen Genossen dieser Einladung Folge leisten. Hoffentlich trägt die Zusammenkunft dazu bei, daß die Steine, die einer internationalen Konferenz noch im Wege liegen, hinweggeräumt werden.

Rußland will keinen neuen Krieg mit Deutschland.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die offiziöse „Iswestija“ wendet sich in einem Artikel gegen die Bestrebungen, Rußland ohne Rücksicht auf seinen Mangel an Vorbereitung und auf Abneigung seiner Bevölkerung in einen neuen Krieg zu treiben. Sie schreibt: „Die zu diesem Abenteuer gehen, mögen sich bewußt sein, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf den verzweifelten Widerstand des revolutionären Rußland stoßen werden. Ein solcher Trost für sie sind die Phantasien verräterischer Sozialisten, die sich einbilden, die Macht der Sowjets in die Luft sprengen zu können, indem sie die angebliche Enttäuschung der Massen über die Sowjet-Regierung in die Welt hinausposaunen. Die Regierung bleibt unerschütterlich in ihrem Vertrauen. Es werden sich nicht nur Millionen von Arbeitern und Bauern in revolutionären Legionen verbandeln, um im äußersten Notfalle die Sowjetmacht zu verteidigen, sondern auch überall werden die Massen nicht dulden, daß Rußland in einen neuen Krieg mit Deutschland geht.“

wird. Die Arbeiter wissen wohl, daß sie selbst, wenn sie sich die Mitarbeiter gewisser treuloser Elemente bei ihrem gegen die Sowjets gerichteten Abenteuer zu sichern wüßten, dies nur den Sturm des Bürgerkrieges in ganz Rußland zur Folge hätte. Vielleicht ist es zu spät, sie auf die Gefahren des betretenen Weges hinzuweisen. Trotzdem wollen wir am Vorabend entscheidender Ereignisse die der gesamten Geschichte eine neue Richtung geben sollen und in Voraussicht gewaltiger Katastrophen, des vollkommenen Scheiterns der Anschläge des antikeremantischen Bundes, voll tiefer Reue für beide Parteien unseren alten Rat wiederholen: die einzig gerechte und für beide Teile vorteilhafte Politik ist die, welche die Alliierten dazu führen wird, die Sowjet-Regierung anzuerkennen, dem revolutionären Rußland zu helfen und es bei der Wiederherstellung seines wirtschaftlichen Apparates zu unterstützen. Jede andere Politik wäre nicht nur ein Verbrechen, sondern ein Fehler. Die unglücklichen Völker zahlen oft einen zu hohen Preis für die Fehler ihrer Regierungen."

Mehlbeschlagnahmen in Wien.

Bei einer Reihe Wiener Hotels sind in den letzten Tagen Hausdurchsuchungen nach Mehlvorräten vorgenommen worden. Es wurden mehr als zehntausend Kilogramm beschlagnahmt.

Die Kämpfe gegen die Sowjet-Regierung.

Nach Presseberichten soll General Dutow sich mit tschechischen Truppen nördlich der Station Bowning vereinigt haben. Die neue sibirische Regierung erklärte auf der ganzen Omster Bahn wegen der Überfälle, die von Abteilungen der Eisenbahner auf der Linie Omst-Tjumen auf die Tschechen gemacht wurden, den Kriegszustand. Die Tschechen und Kosaken dringen unter Führung französischer Offiziere auf Tschim vor.

Nach einer Meldung des „Iswestija“ soll von der Sowjetregierung in allen an der ostsibirischen Bahn gelegenen Ortschaften der Kriegszustand erklärt worden sein. Ferner wurden alle Arbeiter und heillosen Bauern über 18 Jahre einberufen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß über das Goubernement Lombow der Kriegszustand erklärt wurde.

Nach einer Pressemeldung ist im Samargebiet die Herrschaft der Bolschewiki gestürzt. Alle Sowjets sind für ungültig und aufgelöst erklärt. Den militärischen Oberbefehl über Samara übernahm das Kollegium mit Oberst Galin an der Spitze. In mehreren Stellen der Stadt soll die alte russische Nationalflagge gehißt worden sein.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur) Nach der Einnahme von Omst marschieren die Tschecho-Slowaken auf Tobolsk und Tschim. Nach der Schlacht vom 8. und 9. Juni warfen die an Zahl überlegenen tschecho-slowakischen Abteilungen die Sowjettruppen in Richtung auf Kasontin und Tscheljabinsk zurück.

Die Intervention in Sibirien wird „ernstlich erwogen“.

Einem Amsterdamer Blatte zufolge erzählt die „Times“ aus Tokio: Die konservative japanische Zeitung „Dschia-ishi“ schreibt, daß die Alliierten jetzt ernstlich die Intervention in Sibirien erwägen. Diese Frage werde in der nächsten Zukunft aktuell werden.

In den Vereinigten Staaten hat sich die Stimmung zugunsten eines Eingreifens Japans in Sibirien geändert.

In der norwegisch-finnischen Grenze

kam es zu Kämpfen zwischen finnischen Truppen und Revolutionären, bei denen letztere im allgemeinen Sieger blieben. Nur in einem Falle mußten die Finnen sich aus Mangel an Lebensmitteln zurückziehen, wodurch ihre Stellung in der Stadt Bortogleb sich sehr verschlechterte.

Finnland Monarchie?

Der Verfassungsausschuß des finnischen Landtages hat in zweiter Lesung der Regierungsvorlage mit 9 gegen 8 Stimmen den Beschluß gefaßt, die Einführung der monarchischen Regierungsform vorzuschlagen. Der Landtag hat ferner ein Sondergesetz angenommen, das aufrechterliche Bestrebungen unter harte Strafe stellt.

Zwei Parteiführer des finnischen Landtages, der Schwede Freiherr v. Wrede und der Altfinne Nenanlinna, haben erklärt, die gegenwärtige politische Lage in Finnland mache einen Regierungswechsel der beiden monarchisch gesinnten Parteien, der schwedischen Volkspartei und der Altfinnen notwendig. Stocholmer „Sozialdemokraten“ bezweifeln mit Recht erneut die Möglichkeit, die Monarchie auf geziemlichem Wege zur Einführung zu bringen, da die notwendigen qualifizierten Mehrheiten dafür in keinem Falle zusammenzubringen wären.

Das neue Ministerium in Bulgarien.

(Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz, Außenwärtiges Amt Malinoff, Inneres Tarkoff, Finanzen Sipatschew, Öffentlicher Unterricht Kofirizoff, Justiz Professor Danaloff, Ackerbau Madjaroff, Öffentliche Arbeiten Madhanoff, Eisenbahn Professor Kolloff. Die meisten Mitglieder des Kabinetts gehören der demokratischen Partei an. Kofirizoff und Sipatschew gingen aus der Radikalen Partei hervor. Der Kriegsminister war bisher Oberbefehlshaber der vierten Armee. Tarkoff, Sipatschew, Madhanoff und Kolloff gehörten schon dem ersten Kabinett Malinoff an, das von 1905 bis 1911 im Amte blieb.

Wahltag der Sozialisten.

Die neue Sozialistenpartei errang einen neuen Sieg. Ihr Kandidat in Cañ Capan wurde mit 3795 Stimmen gegen den nationalkonservativen Kandidaten, der 2591 Stimmen erhielt, gewählt.

Deportation der Sozialisten ohne Gerichtsverfahren.

Im Laufe der Debatte im englischen Oberhaus über die Lage in Irland sagte Curzon: Zwei Dinge von großer Bedeutung haben sich ereignet. Der erste war die im Mai erfolgte Einleitung der ungeliebten furchtbaren Verhaftung der Sozialistenführer mit dem Feinde, das andere große Ereignis, das die Lage änderte, war das Vorgehen des römisch-katholischen Aleras, der Widerstand gegen die Dienstpflicht antrat. Das war eine direkte Herausforderung der Oberhoheit des Reiches, in denen es noch nie in Frage gewesen war, daß das Reichsparlament die höchste Macht habe. Unter diesen Umständen war es die Pflicht der Re-

**Warms Herz,
offene Hand
unsern Kriegsbeschädigten!**

Gib

zur Ludendorff-Spende!

gierung, mit Tatsachen zu rechnen und ihre Politik danach einzurichten. Die Persönlichkeiten, die deportiert sind, konnten nicht vor den Richter gebracht werden, ohne dem Feinde Wege anzugeben, auf denen die Regierung ihrem Vorgehen auf die Spur gekommen war. Aber wenn einer von ihnen unschuldig war, so hatte er das Recht, Berufung einzulegen. Diese Deportationen haben die Lage in Irland wesentlich erleichtert. Sogar die nationalkonservativen Abgeordneten teilen dieses Gefühl der Erleichterung.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, teilte Lord Curzon nach einer Londoner Savas-Meldung mit, daß mit Rücksicht auf die veränderte Lage in Irland die Regierung genötigt ist, auf ihre Homerul-Politik zu verzichten.

Die Deportation der irischen Freiheitskämpfer ohne Gerichtsverfahren ist ein blutiger Hohn auf all die schönen Phrasen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die die englischen Regierungsmänner immer im Munde führen. Mit Ausnahmegerichten und Verschönerungen wird jetzt in Irland ein System der brutalen Willkür gehandhabt, das in der ganzen Welt nicht seinesgleichen findet. Das ist die englische Zivilisation und Kultur in Wirklichkeit.

„Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Die Erklärung Lord Curzons im Oberhaus, daß die Einführung der Homerul und der Dienstpflicht in Irland vorläufig unmöglich sei, kam zwar nicht unerwartet, hat aber in den Wandelgängen des Parlaments großes Aufsehen verursacht. Die Abgeordneten sehen mit großer Spannung der Debatte vom Dienstag entgegen, in der der Premierminister im Unterhaus eine ausführliche Regierungserklärung abgeben wird.

Angriff deutscher Seeflugzeuge auf englische Kriegsschiffe.

Reuter verbreitet folgenden Admiraltätsbericht: Ein englisches Geschwader wurde während einer Erkundung im nördlichen Teil der Bucht von Helgoland am Morgen des 10. Juni von deutschen Seeflugzeugen angegriffen. Es wurden keine Treffer vom Feinde erzielt, dagegen wurde ein feindliches Seeflugzeug heruntergeholt und durch Geschützfeuer zerstört.

Zusatz: Hierzu erfahren wir, daß die Begegnung unserer Flugzeuge mit den englischen Schiffen etwa 120 Meilen nördlich und nordwestlich von Helgoland stattfand, also weit außerhalb der Helgoländer Bucht. Im Angriff auf die britischen Streikräfte wurden von unseren Flugzeugen auf die feindlichen Zerstörer wahrscheinlich ein Treffer erzielt, der sich durch eine weiße Rauchsäule hinter dem achteren Schornstein kenntlich machte.

Uns dänischen Zeitungsmeldungen geht hervor, daß an demselben Tage ein englisches Flugzeug in Dänemark notlanden mußte. Es ist anzunehmen, daß es durch Beschädigungen in einem Luftgefechte mit unseren Flugzeugen hierzu gezwungen war. Eins unserer Flugzeuge kehrte nicht zurück.

Das Mai-Ergebnis des U-Boot-Krieges.

W.B. Berlin, 22. Juni. (Amtlich.) Im Monat Mai wurden insgesamt 614 000 Brutto-Registertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffsrumpfes vernichtet. Der ihnen zur Verfügung stehende Welthandelschiffraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund 17 730 000 Brutto-Reg.-To. verringert worden, hiervon rund 10 833 000 Brutto-Reg.-To. allein Verluste der englischen Handelsflotte. Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat April außer den feinerzeit schon bekanntgegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelschiffe noch weitere Schiffe mit rund 56 000 Brutto-Registertonnen durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiraltabes:

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 23. Juni. (Amtlich.) Neue U-Boot-Erfolge im Sperrgebiet um England — 16 000 Brutto-Registertonnen. Zwei Dampfer wurden an der Ostküste Englands aus stark gefährlichem Seitzuge herausgeschleift.

Eine Abordnung amerikanischer Sozialisten

wird an der Konferenz der britischen Arbeiterpartei am 28. Juli teilnehmen. Von dort aus will sie sich nach Frankreich, Italien und der Schweiz begeben, um die dortigen Sozialisten zu besuchen. Von welchem Schlage diese Abordnung ist, geht daraus hervor, daß sie meint, durch Friedensbesprechungen könne nichts gewonnen werden. Jeder internationale sozialistische Kongreß müsse vor allem hdingungslos durch alle Delegationen, Wilsons Friedensbedingungen vom 8. Januar annehmen, ebenso wie sie von den Entente-Sozialisten am 22. Februar in der Londoner Konferenz verkündet worden sind. Zweitens müssen die Vertretungen aus den autoritativen Ländern ausschließlich aus denjenigen zusammengesetzt sein, die in aktiver Weise den sofortigen revolutionären Sturz ihrer Regierungen gefordert haben, also den sogenannten Winderheitssozialisten.

Von einer beratig zusammengesetzten internationalen Konferenz müssen wir uns allerdings bedanken. Sie würde uns dem Frieden auch nicht einen Schritt näher bringen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Umwälzungen.

In der Reichstagskommission wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Umwälzungen bei Lebens-

mitteln auf 1 vom Tausend herabsetzen wollte, gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Die Abstimmungen über die übrigen Vorschläge haben noch nicht stattgefunden.

Ein Entschuldigungsantrag.

Zu der dritten Lesung des Etats, die am Donnerstag im preußischen Abgeordnetenhaus begann, haben die Konstitutionen einen Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, mit möglicher Beschleunigung Gesetzesvorlagen einzubringen, wonach

1. Kriegsbeschädigten auch über den Rahmen des § 20 des Einkommensteuergesetzes hinaus weitgehende Steuererleichterungen gewährt werden können,

2. ausreichende Mittel bereitgestellt werden, um allen Kriegsteilnehmern, welche infolge des Krieges ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit verloren haben oder mit dem Verlust derselben bedroht sind — soweit sie vor dem Kriege zu weniger als 5000 Mk. Einkommen veranlagt waren —, gering verzinsliche langfristige Darlehen als Beihilfen zum Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit bezw. ihres Gewerbes zu gewähren;

3. den leistungsschwachen Kriegsteilnehmern, welche den Wunsch haben, sich anzuschließen, in geeigneten Fällen besondere Erleichterungen über die Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Mai 1916 hinaus gewährt, insbesondere zu diesem Zwecke die durch das gedachte Gesetz bereitgestellten Mittel angemessen erhöht werden.

Ein ähnlicher Antrag der rechtsstehenden Nationalliberalen (Zuhrmann und Gen.) fordert eine Gesetzesvorlage, wonach

1. für alle Kriegsbeschädigten mit einem steuerpflichtigen Einkommen unter 2400 Mk. in den auf den Friedensschluß folgenden zehn Jahren die Staatseinkommensteuer außer Hebung gesetzt wird;

2. alle ganz arbeitsunfähigen sowie alle hilflosen Kriegsteilnehmer sowie solche Kriegsteilnehmer, die eine Vermögensverluste erlitten, die Staatssteuer dauernd erlassen wird, sofern sie ein steuerpflichtiges Einkommen von nicht mehr als 6000 Mk. haben.

Es ist un schwer zu erraten, daß diese Anträge nur aus agitatorischen Gründen gestellt sind; sie gehen von denselben Parteien aus, die das gleiche Wahlrecht und die Zustimmung für die Kriegsteilnehmer abgelehnt haben und die sich nun offenbar bei den Kriegsteilnehmern wieder in empfehlende Erinnerung bringen wollen.

Oesterreich-Ungarn.

Das österreichische Kabinett Seidler ist zurückgetreten. Der Rücktritt dieses vor einem Jahre als Übergangsministerium gedachten Kabinetts war vorauszusehen, nachdem die Verhandlungen mit dem Polen durch die Polen gezeitig hatten. Die Polen erklärten sich zwar bereit, die Staatsnotwendigkeiten, d. h. Budget und Kriegskredite, zu bewilligen, lehnten jedoch die Unterstützung Seidlers ab. Ob dieser Rücktritt eine Milderung des Chaos in Oesterreich bringen wird, ist fraglich, wie überhaupt die ganze fernere Entwicklung der Dinge noch sehr im Dunkeln liegt.

Graf Burian über die Friedensfrage. In einer Besprechung der Vertreter des Wiener Arbeiterrats mit Burian, die sich um die Ernährungs- und Friedensfrage drehte, erklärte letzterer: In der Ernährungsfrage geschieht alles, um über die kurze Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzukommen. Was die Frage des Friedens anbelange, so habe unsere Politik keine Veränderung erfahren. Nach wie vor sei der Krieg, den wir führen, ausschließlich ein Verteidigungskrieg. Es liege ganz fern, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um irgendwelche Eroberungen zu machen oder imperialistische Ziele zu erreichen. Wenn sich bei unseren Gegnern Geneigtheit zu Verhandlungen zeigen sollte, so würden sie uns stets bereit finden, in Besprechungen einzutreten und einen für beide Teile annehmbaren Frieden zu schließen. Auch bei uns bestche der Wunsch, mitzuarbeiten an der Herstellung solcher Beziehungen zwischen den Völkern, welche eine Herabminderung der Rüstungslasten ermöglichen und die Gefahr künftiger Kriege vermindern würden. Wir würden, so führte der Minister weiter aus, alles tun und nichts unterlassen, was auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg zur Herbeiführung der Friedensverhandlungen dienlich sein könnte. Um den geeigneten Augenblick hierfür wahrzunehmen, verfolgen wir sorgfältig die Entwicklung der Stimmung in den feindlichen Ländern. Solange aber unsere Gegner, wie es gegenwärtig leider der Fall ist, noch keine Bereitschaft zeigen, auf ernste Besprechungen einzugehen, sind wir gezwungen, uns zu verteidigen und alles zu vermeiden, was unsere Feinde als Zeichen der Schwäche auslegen würden und was sie daher zur Verlängerung des Krieges ermutigen müßte. Die Regierung sei sich dessen vollkommen bewußt, welche schweren Opfer die breiten Volksmassen dem Vaterlande gebracht haben und bringen. Bleibe auch in Zukunft die Opferwilligkeit der Bevölkerung der Tapferkeit unserer Armee würdig, so sei zu hoffen, daß wir in nicht ferner Zeit das uns allen gemeinsame Ziel eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens erreichen würden.

Ueber Streikunruhen in Budapest erzählt man erst heute etwas durch folgenden Bericht über eine Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses. Graf Michael Karolvi bringt die Lohnbewegung unter den Arbeitern der Maschinenfabrik der Staatsbahnen zur Sprache, welche heute zu Unruhen führten und auf das hierauf erfolgte Einschreiten der Gendarmerie. Die Zusammenstöße zwischen streikenden Arbeitern und der Gendarmerie verursachten den Tod von vier Personen. Fünf wurden schwer und zwölf leicht verletzt. Karolvi bezeichnete die Forderungen der Arbeiter, welche schlechter gestellt seien als in privaten Betrieben, herabsetzt und erklärte, die rücksichtliche Lösung der Wahlreformfrage habe wesentlich zur Erzeugung der Stimmung beigetragen. (Großer Lärm. Rufe: Reizen Sie nicht die Massen auf!)

Ministerpräsident Weferele ergreift das Wort. Er drückt zuerst sein tiefes Bedauern über den traurigen Vorfall aus. Der Ministerpräsident erklärt, er müsse die Behauptungen Karolvi an verschiedenen Punkten berichtigten. Zu diesem Behufe verliest Weferele einen Polizeibericht. Dieser besagt: In der Maschinenfabrik der ungarischen Staatsbahnen, deren Arbeiter seit Beginn dieses Monats in ein Landsturmbataillon eingereicht sind, waren infolge Lohnforderungen Arbeitseinstellungen auf der Tagesordnung. Die Arbeiter forderten statt 90 Heller Stundenlohn 100 Heller. Oberst Danniger erklärte darauf in der Fabrik und erklärte, er sei für die Lohnfrage nicht zuständig und ermahne die Arbeiter, nicht zu streiken. Die Arbeiter setzten die Arbeit fort. Am 19. Juni, 8 Uhr früh, stellten sie dieselbe wieder ein. Am 19. Juni, bei Beginn des Streiks, wollte man flüssiges Eisen durch arbeitswillige Hilfsarbeiter ausgießen lassen, damit die Kessel nicht undurchdringbar werden. Diese Arbeiter wurden jedoch von einem Streikenden bedroht. Der Streikende wurde nun zur Vernehmung beordert, kam jedoch nicht allein, sondern zog mit 400 Arbeitern vor das Gebäude des Kommandos. Major Blonka forderte die Versammelten auf, sich zu zerstreuen. Gendarmerie

trieben die Versammelten auseinander. Nach einer Viertelstunde erschienen jedoch tausend Arbeiter, die inzwischen die Arbeit niedergelegt hatten, vor der Kanzel. Ein Fabrikbeamter versuchte, die Arbeiter zu bewegen, daß sie sich entfernten. Der Major erschien und ermahnte die Arbeiter, Gehorsam zu leisten, da sonst schwere Folgen eintreten würden. Es erklärte jedoch aus der Menge der Ruf: „Jetzt gehen wir erst recht nicht weg!“ Die Arbeiter verblieben auf dem Platze. Die Gendarmen versuchten, sie ohne Waffengebrauch zu zerstreuen, es wurden aber auf die Gendarmen Eisenstücke geschleudert. Auch der Major wurde am Kopf und an der Hand verwundet. Aus den Werkstätten erfolgten zwei Schüsse. Angefichts der Vorgänge ordnete der Major den Gebrauch der Schusswaffe an, jedoch kommandierte er keine Salve. Die Gendarmen schossen auf diejenigen, die sie angriffen und mit Eisenstücken beworfen hatten. Vier Arbeiter wurden getötet und 19 verwundet. Infolge der Schüsse strömten die Arbeiter aus der benachbarten Gangsägen-Waggonfabrik und verwüsteten die Kanzelräume. Der Gendarm gelang es, die ergebenden Arbeiter zu verstreuen.

Der Ministerpräsident erklärte, es werde eine Untersuchung eingeleitet werden, ob der Waffengebrauch notwendig und begründet war. Er bemerkte weiter, daß die Arbeitseinstellung sich ausdehne und in einer großen Anzahl Fabriken gestreikt werde. Weiter sagte, er mache nicht die verheßten Massen verantwortlich, sondern die Organisatoren und Aufwiegler. Er wolle auch künftighin mit den Arbeitern wohlwollend und schonungsvoll verfahren, jedoch könne die Forderung der Arbeiter nicht bewilligt werden, daß man die Gendarmen aus den Fabriken entferne und die Gewerkschaften entscheidenden Einfluß ausüben lasse. Falls die Arbeiter den Streik beendigen, werden alle ihre gerechten Wünsche erfüllt werden. Jedenfalls wird die Grenze der Lohnsätze ganz auf dieselbe Höhe gesetzt werden, wie in den Privatfabriken. (Graf Michael Karolgi ruft dazwischen: Man hätte damit anfangen sollen!) Der Ministerpräsident wendet sich gegen Karolgi. Er sagt, er wisse nicht, seit wie lange Karolgi die Rolle eines Verteidigers der Arbeiterinteressen zu spielen begonnen habe. Er, Weiterle, habe seit Beginn seiner Laufbahn für die Arbeiterfürsorge sehr viel Gutes getan, was die Arbeiter selbst dankbar anerkennen. Heute handelt es sich um die Herstellung der Ordnung, und erklärt der Ministerpräsident, er werde seinen Platz, dessen er sonst unwürdig wäre, nicht eher verlassen, bis die Ordnung hergestellt und gesichert sei. Er werde gegen die Aufwiegler einschreiten (langanhaltende Claqueur), aber gegen die Arbeitermassen (schonend vorgehen). Schließlich werde die Regierung alle diejenigen an den Pranger stellen, die die Arbeitermassen für politische Zwecke ausnützen wollen. (Langanhaltender Beifall.)

Der Handelsminister Szeterenyi verteidigt sich gegen den Vorwurf Karolgis, daß die Lage der Arbeiter in den Staatswerkstätten schlechter sei, als in Privatbetrieben und verweist darauf, daß die Regierung erst vor Monatsfrist für die Lohnaufbesserung der Arbeiter eine Jahreslast von 37 Millionen Kronen auf sich genommen habe, daß nach Vereinbarung mit den Arbeitern insgesamt alle ihre Wünsche erfüllt wurden. Der Streik in der staatlichen Maschinenfabrik währte sechs, sieben Tage und wurde schließlich unter meiner Vermittlung auf der Grundlage beigelegt, daß die Arbeiterlöhne in der Maschinenfabrik in derselben Höhe festgesetzt werden sollen, wie die Löhne der Werkstättenarbeiter. Die Arbeiter waren damals damit vollständig zufrieden. Sie drückten mir für die Vermittlung durch die Deputation ihren Dank aus. Graf Karolgi berief sich auf die Verordnung, daß man im Falle eines Streiks mit den Arbeitern nicht verhandeln, sondern sofort mit militärischer Strenge auftreten müsse. Diese Verordnung ist angeblich unter meiner Mitwirkung erlassen worden. Das ist nicht richtig. Es verhält sich so, daß in mehreren hundert Betrieben, die militarisiert wurden, lediglich die Kompetenz des Kriegsministers begründet ist, der lediglich nach militärischen Formen verfährt. In den Betrieben, welche ich keinerlei Einfluß, falls Arbeitseinstellungen erfolgen, erklärte der Handelsminister, werde die Arbeiterbewegung künftighin gestreikt. Im Kuhlbergswert Petroszden herrscht seit einigen Tagen Streik, 600 Waggon Kohlen fehlen täglich im Verkehr. Der Streik ist ausgebrochen, weil der militärische Befehlshaber über die Arbeiter Disziplinärstrafe verhängte und die anderen Arbeiter sich mit den widerspenstigen Arbeitern solidarisch erklärten. Der Handelsminister schließt damit, daß leider auch im Post- und Telegraphenwesen Zeichen der Unruhe bemerkbar seien. Er habe jedoch erklärt, falls der Eisenbahn- und Postverkehr gestört werde, werde er mit unerbittlicher Strenge einschreiten. Es sei Pflicht des Handelsministers dem Lande gegenüber, jene großen Interessen, die sich an die Eisenbahn und Post knüpfen, unter keinen Umständen stören zu lassen. (Lebhafte Beifall.)

Ernährungsfragen.

Zu Ernährungsfragen des Reichstages erklärte Unterstaatssekretär Dr. Müller: Österreich-Ungarn hat zur Linderung in seiner gegenwärtigen außerordentlichen Notlage Nahrungsmittel aus dem Ausland für die Zivilbevölkerung vom Kriegsernährungsamt nicht erhalten. Dagegen hat die Oberste Herrscherleitung im Einvernehmen mit dem Kriegsernährungsamt lediglich aus ihren Beständen verhältnismäßig geringe Mengen Getreide geliefert. Diese Menge muß bei der Obersten Herrscherleitung von Österreich zurückgeliefert werden, so daß also die Spannungsfrage der für die Zivilbevölkerung bestimmten Menge Brotgetreide oder sonstigen Lebensmittel aus der laufenden Ernte in keiner Weise in Frage kommt. Diese Erstattung aus der österreichischen Ernte wird voraussichtlich bald erfolgen können, weil ja dort die Ernte in einigen Tagen einzieht. Die Verkürzung anderer Brotration hat mit den österreichischen Ernährungsschwierigkeiten nichts zu tun. Sobald würde die Fleischversorgung erdrückt. Hierzu erklärte Unterstaatssekretär Müller: Eine Vermehrung der Fleischration im gegenwärtigen Augenblick ist leider nicht möglich, weil durch die vermehrte Abzählung des Rindviehs, aus dem bei dem Schweinemangel allein die Fleischversorgung erfolgt, unsere ganze Wirtschaft und Selbstversorgung, die sich in einer äußerst gespannten Lage befindet, verfallen müßte. Andererseits soll eine Verkürzung der Fleischration bis zur Versorgung aus der neuen Ernte vermieden werden. Darüber, ob nach Beginn der neuen Ernte und dann bei der wiedergegebenen Brot- und Fleischration sowie anderen Lebensmitteln vorübergehend die Fleischration entweder gekürzt werden oder aber Fleischlose Wochen für einzelne Teile oder die gesamte Bevölkerung eingeführt werden sollen, stehen zurzeit noch Beratungen. Zunächst muß das Ergebnis der letzten Zwischen-Viehählung vom 1. Juni abgewartet werden. Bindende Beschlüsse liegen also zurzeit noch nicht vor. Zurzeit geschieht alles, um die Schweinezucht zu fördern.

Wie das Letztere geschieht, hat Dr. Müller leider nicht gesagt. Hat er vielmehr die von der Regierung gebotene enorme Preistreibe für Getreide hierbei im Auge gehabt?

Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 24. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsausflug.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am der Anze und More blieb die Gesichtslage fast unverändert. Am Abend lebte es auch an anderen Abschnitten der Kampffront auf. Während der Nacht rege Erkundungstätigkeit.

Westlich von Bardonevillers gingen Sturmtrupps in amerikanisch-französische Gräben ein, fügten den Feinde schwere Verluste zu und brachten 10 Gefangene zurück.

Ein. West. erlang seinen 31. und 32., Oberlin. Gering seinen 20. und 21. Aufstieg.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubenski.

Mus Lübed und den Nachbargebieten.

Montag, 24. Juni.

Friede!

Jeder hat's gehabt,
Keiner hat's geschätzt,
Jeden hat der süße Quell gelabt,
O wie klingt der Name Friede jetzt!

Klingt so fern und zag,
Klingt so trübsinnig schwer,
Keiner weiß und kennt den Tag,
Jeder sehnt ihn voll Verlangen her.

Sei willkommen einst,
Erste Friedensnacht,
Nimmer Stern, wenn endlich du erscheinst
Überm Feuertampf der letzten Schlacht.

Dir entgegen blüht
Jede Nacht mein Traum,
Ungebuldig rege Hoffnung pflücht
Abwendend schon die goldne Frucht vom Baum.

Sei willkommen einst,
Wenn aus Blut und Not,
Du am Erdenhimmel uns erscheinst,
Einer guten Zukunft Morgenrot!

Hermann Heise.

Nachforschungen nach vermissten deutschen Heere Angehörigen in Rumänien. Nachdem der Rücktransport der in rumänische Gefangenschaft geratenen deutschen Heeresangehörigen nunmehr nahezu als durchgeführt erachtet werden kann, soll in Rumänien eine Sondernachforschung nach denen eingeleitet werden, die aus der Gefangenschaft gerettet haben oder gemeldet worden sind, über deren Schicksal aber keine weiteren Nachrichten vorliegen.

Zu diesem Zwecke ergeht an alle Angehörigen von in rumänische Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten das Ersuchen, die Namen solcher Vermissten an die für sie zuständigen Rote Kreuz- oder Hilfsvereine bekannt zu geben, und zwar unter Vorlegung einer handschriftlichen Mitteilung der Betreffenden aus der Gefangenschaft oder einer sonstigen Unterlage, aus der einwandfrei festzustellen werden kann, daß der Vermisste tatsächlich in rumänischer Gefangenschaft war. Anmeldungen werden in Hamburg entgegengenommen von dem Landesverein vom Roten Kreuz, Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene, Ferdinandstraße 75, zwischen 10—12 Uhr vormittags und 2—4 Uhr nachmittags.

Es wird anheim gegeben, vorher beim fgl. Kriegsministerium, Zentral-Nachweis-Bureau, Berlin, Dorotheenstraße 48, durch die auf jedem Postamt erhältliche rote Rückfrage-Karte nochmals Nachstige zu halten, ob inzwischen Nachrichten über die Vermissten vorliegen.

Neben dieser Sondernachforschung bleibt das Zentral-Nachweis-Bureau des Kriegsministeriums selbstverständlich bemüht, über diejenigen Auffklärung zu verschaffen, die an der rumänischen Front als vermisst gemeldet sind und über die überhaupt bisher keine Meldungen vorliegen.

Wichtig für Zigarettenraucher. Die Zigaretten enthalten seit langer Zeit schon meist ein ganz erdähnliches Tabakgemisch, weshalb das Zigarettenrauchen schon lange nur noch ein zweifelhafter Genuss ist. Daß es in dieser Hinsicht aber noch viel schlimmer werden wird, läßt ein Inzerat erkennen, das der Inhaber einer Zigarettenfabrik gestern im „Anhaltischen Staats-Anzeiger“ veröffentlicht hat. In dem Inzerat heißt es:

Grüne Rizschblätter, Brennmeßeln, Rosenblätter und Anispen in Waggonladungen, auch jede kleinste Menge, zu sofort oder später zu kaufen gesucht. Pachte auch Alleen zum Selbstabstreifen.

Danach werden also demnächst den Inhalt der Zigaretten Rizschblätter, Brennmeßeln und Rosenblätter bilden. Guten Appetit!

Stürmisches und regnerisches Wetter herrschte gestern während des ganzen Sonntages. Dabei war die Temperatur kühl. Auch heute war die Witterung noch windig und gelegentliche Regenschauer fehlten nicht. Dann blinzelte aber bereits die Sonne wieder durch die Wolken, wohl anzuwendend, daß sie nun bald dem warmen Sommer die Herrschaft zu übertragen gedenkt.

Eine Mondfinsternis ereignete sich in den letzten Vormittagsstunden des heutigen 24. Juni. Sie war eine partielle von geringem Umfang, da nur etwa ein Siebentel des Monddurchmessers bedeckt wurde und dauerte von 10 Uhr 46 Minuten vormittags bis 10 Minuten nach der Mittagsstunde. Die Finsternis war nur sichtbar in der westlichen Hälfte von Südamerika, in Nordamerika mit Ausnahme des nordöstlichen Teils, im Stillen Ozean, in Australien, auf den Sandwich-Inseln außer Sumatra und in Japan.

Johannistag und Siebenschläferstag. Der von der Kirche Johannes dem Täufer geweihte 24. Juni, und der dem Andenken der sieben Schläfer in der Höhle bei Ephesus gewidmete 27. Juni gelten seit alterher als sogenannte „Fasttage“, an denen sich nach dem Volksglauben das zukünftige Schicksal, insbesondere das Wetter des bevorstehenden Sommers entscheiden soll. Vorwiegend kommt diese Rolle dem Johannistage zu, zahlreich sind deshalb auch die Sitten und Bräuche, die über das kommende Geschick Aufschluß geben oder dieses zum Günstigen wenden sollen. In erster Stelle steht unter diesen Bräuchen der des Johannistages, das in vielen Gegenden, hauptsächlich in den Gebirgen Mittel- und Süddeutschlands bereits am Vorabend, dem 23. Juni entzündet und zumeist bis über Mitternacht hinaus unterhalten wird. Ursprünglich hatte diese feierliche Sitte nichts mit dem Johannistage zu tun, sondern war das alte heidnische Mittsommerfest oder Sonnenwendfest zu Ehren der um diese Zeit am höchsten stehenden Sonne. Der Wetterglaube am Johannistage und auch am Siebenschläferstag (Regnet es am Siebenschläfer, regnet es sieben Wochen lang.) läßt sich auf die Erfahrung, daß in diesen Jahren bald nach dem Solstitium (Sonnenwende) die große sommerliche Regenerperiode ihren Anfang nimmt, was vorzugsweise in den Zeiten der Sonnenflecken-Minima der Fall ist.

Lubenski-Sperde. Unserem letzten Hinweis auf das Ergebnis der Sammlung im Kreise der im Lübedischen Staatsgebiet wohnenden Beamten und Arbeiter in Höhe von 3705,55 Mark ist ergänzend hinzuzuführen, daß es sich um eine Sammlung im Kreise der Beamten und Arbeiter, die im Betriebe der Lübeder-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft tätig sind, handelt.

Künnig-Stiens. Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern Nachmittag im Saale des Herrn Dieckmann zu Künnig tagte, war trotz des regnerischen Wetters verhältnismäßig gut besucht. Genosse W. Bromme fand für seinen Vortrag über Karl Marx, dem Vorsitzenden des Sozialismus, aufmerksame Zuhörer und lebhaften Beifall. Der Vortrag der Parteiführer, die von den Genossen Bromme und Wegner begründet wurde, wurde einstimmig genehmigt. Als Kandidat der Ortsgruppe wurde an Stelle des Genossen H. Kahus der Genosse Thonien gewählt.

n. Kriesfeld. Die Wohnungsnot macht sich auch hier recht bemerkbar. So konnte man am Sonnabend während des ganzen Tages das sämtliche Mobiliar einer Kriegerfrau, deren Mann und Sohn an der Front stehen, im stärksten Regen auf der Straße stehen sehen. Das müßte sich doch wohl verhindern lassen, zumal am Sonnabend abend die geräumte Wohnung leer stand. Die Frau bekundete, daß sie ihre Mietsache bis zum 1. Juli gemietet hat. Vor einem Jahr hatte die Kündigung erhalten, dieselbe jedoch nicht angenommen. Darauf soll nun ein Schiedsspruch ergangen sein, der auf Räumung lautete. Ist es nicht einfach unerhört, die Frau in den Umständen der Witterung preiszugeben, obwohl nebenan der Gemeindevorsteher wohnt und ganz nahe zwei Wohnungen leer stehen? So etwas sollte doch während des Krieges unmöglich sein. — Wäre es ferner nicht eine Angelegenheit des Gemeinderates, der Frage der Wohnungsnot besondere Aufmerksamkeit zu widmen und wenigstens eine Wohnungskontrolle einzuführen? Wenn der Friede einkehrt und die Kriegsertranten, mit 30 Waisen zu hoch geachtet, ihr Heim aufsuchen wollen, so fehlt dazu die Möglichkeit. Von auswärts drängen immer mehr Leute in die Gemeinde und der Wohnungsmangel wird größer. Wäre i. Zt. der Schulhausneubau auf dem Lammengrund errichtet worden, dann würde man über manche Uebelstände leichter hinwegkommen sein. Jetzt müssen Schulklassen in der Pastoralkirche und im Gemeindehaus eingerichtet werden. Die Räume hätte man sonst viel besser verwenden können. Auch die Feuerungsnot der Kriegerfrauen wäre weniger fühlbar geworden. Heute sind schon Haufen Holz mit 33 Mk. bezahlt worden.

Kiel. Gewitterschäden. Bei einem der Gewitter am Donnerstag, die endlich den heftigsten Regen brachten, wurde durch Blitzschlag im benachbarten Rönne das Wirtschaftsgelände des Rönners Hauschild eingestürzt. Inventar und Vieh waren nicht gerettet, auch das Mobiliar konnte gerettet werden; dagegen wurden größere Mengen Räumlichkeiten vernichtet. Ein zweiter Blitz fuhr in Rathenow bei Rönne bei Rönne in das Stallgebäude des Landmanns Willrodt, das bis auf den Grund abbrannte. — Eine Ehrenfahne von der Kriegervereine oder der „Deutschen Post“, wie man sie auf dem Lande nennt, veröffentlichte dieser Tage der Landrat des Kieler Landkreises im vorigen Kreisblatt. Danach sind „ausgewählter“ worden durch Strafen in Höhe von 5 bis 1000 Mark 24 „Deutschen“ bzw. „Pelzfrauen“, und zwar acht wegen Verletzung der Höchstpreise, vier wegen Vergehens wegen der Reichsgeldordnung, drei wegen Verletzung von Weizen, fünf wegen Verletzung von Getreide, je einer wegen Verletzung der Höchstpreise, Verletzung von Brotgetreide, Verkauf von Brot ohne Genehmigung und wegen Verletzung von Getreide gegen die Verordnung. — Wie viele von diesen Verurteilten, deren jedes Verurteilten für die Kriegsertranten und des Familienstandes des deutschen Volkes steht, Anhänger der Vaterlandspartei sind, mag dahingestellt bleiben. Dabei sind welche, das ist schon einige Platz festgesetzt worden.

Köln. Die Hamstererei des Vaterlandsparteilers, über die wir Sonnabend berichteten, veranlaßt den Landgerichtsrat Dr. Joerges zu einer Zuschrift an die „Medienburgische Volkszeitung“, in der ausgeführt wird: Die Fleischvorräte, deren Angabe übrigens nicht ganz zutrifft, stammen aus Hauschlachtungen 1916 und 1917, mit denen heftig umgegangen ist. Ich habe 1917 ganz auf Fleischhaken verzichtet. Die Butter ist in Warenmengen gekauft, als der Fein- und Verkauf dänischer Butter noch erlaubt war, und die Eier sind von meinen eigenen Hühnern gelegt. — Dazu bemerkt unser Parteiblatt: Die Fleischvorräte, deren ganz zutreffende Menge Dr. Joerges übrigens mitzuteilen unterläßt, stammen also aus Hauschlachtungen von 1916 und 1917. Wer sich so selbstverleugern kann! Wer solche Hauschlachtungen vorzunehmen in der Lage ist, daß er aus denen zweier Jahre solche Rücklagen machen kann! Es wurde berichtet, daß die Einbrecher mit fünf Schinken, drei Seiten Speck, einem Schinken, circa zwanzig Pfund Butter, circa zwanzig Pfund Wurst und mehreren Hundert Eiern durch die Latzen gegangen seien! Die Butter ist eingestandenemal also direkt gehamstert, denn sie stammt noch aus der Zeit her, als der dänische Butterverkauf in Warenmengen erlaubt war. Das ist kein Kauf von der Hand in den Mund, was heute zu morgen geschwieben, sondern ein auf Vorrat Hamstern nach allen Regeln der Kunst. Auch die Menge der Butter bezweigt das! Die Eier sind von meinen eigenen Hühnern gelegt. Wir schreiben von mehreren Hundert, der „Kölner Anzeiger“ berichtet von angeblich 1200. Nur mit mehreren Hundert gerechnet — ei, da müßt ja die Hühnerhalter noch viel mehr Eier absetzen angesichts solcher Resultate! Über worauf es vor allem ankommt und welches das Rhodus ist, wo gezüchtet werden muß; der Mann, der solchermaßen Selbstverleugerei ist, eine solche feste Speisekammer sein eigen nennen, der ist einer der Eifrigsten von denen, die da prödeln: Wir müssen anaktieren, müssen für die Ziele der Vaterlandspartei kämpfen, müssen bis dahin durchhalten!

Theater und Musik.

Im Stadthalter-Theater unterhielt „Der fidele Bauer“ von Leo Fall gestern abend das Publikum, welches den Saal füllte, recht gut. Diese Operette gehört zu den musikalisch angelegeneren der Produktion unserer letzten Jahre; sie enthält sogar einige recht hübsche und lauber gearbeitete Stücke, die man gern hört. Die Aufführung war bis auf kleine Ungehörigkeiten recht erfreulich und lebendig. In den Hauptrollen gestellten die Herren Rieck (Ripfelhauendauer), Saweisch (Lindauer) und Trimbhorn (Seian) sowie die Damen Bradsky (Annamaria) und Feller (Friederike) durch ihr flottes, drahtliches und humorvolles Spiel sehr. Die Inszenierung hatte Herr Schweisguth mit gewohntem Geschick besorgt. Herr Kapellmeister Dr. Reich bewährte sich wieder als geschmackvoller Musiker, der mit leichter und flinker Hand dirigierte. P. L.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Schwarz mehr Rücksichtnahme auf die Kriegsertranten.

Die Firma Wekaerorth in der Schwarzwald-Allee hatte bisher eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr Abends mit 15-minütiger Mittagspause. Nun ist plötzlich ohne einen für uns erkennbaren Grund die Arbeitszeit um eine Stunde verlegt worden: Sie beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 7 Uhr. Während es uns früher, wenn auch nur mit knapper Not, möglich war, abends nach Arbeitschluss unsere Lebensmittel einzukaufen, ist es uns heute unmöglich, da bekanntlich die Geschäfte um 7 Uhr abends geschlossen werden. Wir empfinden diese Rücksichtslosigkeit uns gegenüber außerordentlich bitter; sie ist gewiss nicht geeignet unsere Arbeits- und Durchhalte-Treue zu erhöhen. Mehrere bei Wengentoth beschäftigte Kriegsertranten.

Verantwortlich für die Rubrik „Mus Lübed und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwanh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübed.

gibt vor allem für die öffentlichen Betriebe, aber auch die Privatindustrie muß verpflichtet werden, nach Maßgabe eines bestimmten...

Von der Stellung von Anträgen haben wir einstweilen abgesehen, es genügt, wenn wir hier unsere Wünsche vorbringen...

Ein Vertreter der Reichsfinanzverwaltung weist die Behauptung des Vorredners zurück, daß das Reich nicht genügend für die Kriegsbeschädigten Sorge...

Ein Vertreter der Medizinischen Abteilung des Reichsministeriums betont, daß die Heeresverwaltung ein Abkommen mit den Landesversicherungsanstalten getroffen hat...

Abg. Winterfeld (Köln): Der schon mehrfach geäußerten Freude über die Einbringung der beiden Vorlagen...

Die Revision der Kernengesetze muß bald erfolgen. Es gehört zum mit der Kriegsbereitschaft, daß man für die Opfer des Krieges sorgt...

Abg. Winterfeld (Köln): Der schon mehrfach geäußerten Freude über die Einbringung der beiden Vorlagen...

Reifen mehr bekannt würde. In bezug auf die Kriegswitwen haben die Generalkommandos strenge Anweisung, dafür zu sorgen...

Abg. Kappel (U. S.): Es ist geradezu beschämend, daß im Lande Sammlung auf Sammlung veranstaltet werden muß, um den Opfern des Krieges die Fröstung des Lebens zu ermöglichen...

Die Gesetzentwürfe werden einer Kommission überwiesen, der Etat des allgemeinen Pensionsfonds wird bewilligt.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. (Etat der Schutzgebiete, des Reichsanstalters und des Auswärtigen Amtes.)

Arbeitskammern.

In der Sitzung am Freitag, der ersten nach dem Unannehmbar der Regierung, wurde zunächst darüber beraten, ob und in welcher Weise die 34. Reichstagskommission die Beratung fortsetzen könne...

Gemäß einem gemeinsamen Antrage beschloß die Kommission gegen drei Stimmen, daß zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer in den Arbeitskammern besondere Arbeitnehmerabteilungen zu errichten sind.

Nunmehr kommt der Geltungsbereich des Gesetzes zur Beratung; nach der Vorlage soll er im wesentlichen auf gewerbliche Betriebe beschränkt werden; Seelente, Landarbeiter, weite Schichten von Angehörigen würden dadurch ausgeschlossen sein...

Aus dem Gerichtssaal.

Das Urteil im Deutscher Schieberprozess. Im Schieberprozess Bert und Genossen wurde am 21. Juni Siegfried Bert zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahre Unteruchungshaft und zu 22.000 Mark Geldstrafe, eventuell weiteren zwei Jahren Gefängnis verurteilt...

Landesverratsprozess. Der vereinigten zweite und dritte Strafkammer des Reichsgerichts verurteilte den 24-jährigen Maschinenführer Max Kelling aus Barchfeld wegen Verrats militärischer Geheimnisse und verurteilt Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von einem Jahr Untersuchungsfrist...

Aus Nah und Fern.

Die Film-Explosion in Berlin. Die Explosion bei der Vorkriegs-Gesellschaft in der Friedrichstraße 295 hat, wie schon berichtet, zu den bisherigen 15 Toten noch zwei weitere Todesopfer gefordert. Im Krankenhaus am Urban sind der Kaufmann Max Bachmann aus Mainz, Kassestraße 9, und der Angestellte der Telekommunikations-Gesellschaft Karl Richter aus der Bellevue-Strasse Nr. 26, der vom zweiten Stock heruntergesprungen und in die Verletzung an der Kellertreppe stürzte, ihren schweren Verletzungen erliegen.

zweifelt wird. Den vereinigten Bemühungen der Polizei und der Geschäftsleitung ist es unter großen Schwierigkeiten gelungen, die Verhaftungen von neun Toten bis jetzt festzustellen...

Die Familien- und die Spielte sich in Neufölln ab. Die Ehefrau des Arbeiters Fische versuchte, sich und ihre 5 Kinder durch Leuchtgas zu vergiften. 3 Kinder sind tot, während die Mutter und 2 Kinder schwer krank darniederliegen.

Ein Mord. In Dortmund fand am Mittwochabend im Stadtteil Guckarde der vierjährige Sohn des Stellmachers Wilhelm Tölke seine Mutter in der Küche mit eingeschlagenem Schädel tot vor. Auf dem Tisch lag, in Papier gewickelt, ein Stück Stahl, mit dem der Täter anscheinend die tödlichen Schläge auf den Kopf ausgeführt hatte.

120 Häuser eingeebnet. In dem Dorfe Gura bei Bodembica, Kreis Lencze, entstand Großfeuer, durch das 27 Wohnhäuser mit über 120 Häusern vernichtet wurden.

Eisenbahnunglück in Amerika. Bei Hammond in Indiana ereignete sich infolge eines Zusammenstoßes ein schweres Eisenbahnunglück. Nach den ersten Nachrichten wurden zahlreiche Personen getötet und verwundet und vier Waggons zerschmettert.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Berleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter und Blakarbeiter, in größerer Zahl, ferner Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Kottenführer und Kottenarbeiter. Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremmig, Mathenow, Bahnhofstr. 22.

Dr. Siering zurück. 2969 Sprechstunde von 3-5 Uhr. Sonnabends 8-9 Uhr.

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (2965) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Uhrmacher, Breite Strasse 54 und Hinzstr. 71.

Achtung! Empfehle mein reichhaltiges Lager von K.-A.-Seifenpulver und K.-A.-Feinseife. Nur auf Marken und Bezugscheine erhältlich. (2977) Wieder vorrätig. Bohnerwachs, Fußbodenöl, Schuhcreme, Lederfett usw. Seifenwachs Spethmann. Verkaufsstellen: Beckergrube 17, Meierstr. 21, Fahrenburger Allee 48.

Hansa-Theater. Heute abend 8 Uhr: (2971) Zum letzten Male: Stolze Thea

Stolze Thea

Stadthallen-Theater. Direktion: Stanislaus Fuchs. 2979

Die fünf Frankfurter. Lustspiel von Carl Rößler.

Der fidele Bauer. Operette von Leo Fall.

Operette von Leo Fall. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Erlösung. Zwei hochinteressante Bücher von H. E. Sijl. Preis je 3 M. Porto je 20 Pf. Zu beziehen durch Sijl, Ganssartium, Dresden-Adelsb., Sijl's Verlag, Leipzig, und alle Buchhandlungen. Ausfühlicher Prospekt frei. Inhalt: Erlösung. Zwei hochinteressante Bücher von H. E. Sijl. Preis je 3 M. Porto je 20 Pf. Zu beziehen durch Sijl, Ganssartium, Dresden-Adelsb., Sijl's Verlag, Leipzig, und alle Buchhandlungen. Ausfühlicher Prospekt frei.